

# TE OGH 2011/2/9 5Ob10/11y

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 09.02.2011

## Kopf

Der Oberste Gerichtshof hat durch den Senatspräsidenten Hon.-Prof. Dr. Danzl als Vorsitzenden und die Hofrätinnen Dr. Hurch und Dr. Lovrek sowie die Hofräte Dr. Höllwerth und Mag. Wurzer als weitere Richter in der wohnrechtlichen Außerstreitsache der Antragsteller 1. Michael M\*\*\*\*\*, 2. Beate M\*\*\*\*\*, beide \*\*\*\*\*, beide vertreten durch Stock ? Rafaseder ? Gruszkiewicz Rechtsanwälte OG in Wien, gegen die Antragsgegner 1. Christa H\*\*\*\*\*, 2. Gottfried S\*\*\*\*\*, 3. Nicola K\*\*\*\*\*, 4. Mag. Matthias B\*\*\*\*\*, 5. Mag. Sonja D\*\*\*\*\*, 6. Heinrich E\*\*\*\*\*, 7. Mag. Marianne G\*\*\*\*\*, 8. Mag. Ilse M\*\*\*\*\*-Z\*\*\*\*\*, 9. Dr. Georg P\*\*\*\*\*, 10. Mag. Maria P\*\*\*\*\*-A\*\*\*\*\*, beide \*\*\*\*\*, 11. Gottfried S\*\*\*\*\*, 12. Ute S\*\*\*\*\*, beide \*\*\*\*\*, 13. Kurt W\*\*\*\*\*, 14. Bahanur N\*\*\*\*\*, 15. Mag. Sonja Sibylle D\*\*\*\*\*, 16. Mag. Christoph Ö\*\*\*\*\*, beide \*\*\*\*\*, 17. Beate F\*\*\*\*\*, 18. Stefan F\*\*\*\*\*, beide \*\*\*\*\*, 19. Marcus N\*\*\*\*\*, 20. J\*\*\*\*\* Privatstiftung, \*\*\*\*\*, 21. Dipl.-Ing. Isabella W\*\*\*\*\*-P\*\*\*\*\*, und 22. Dipl.-Ing. Wasyl W\*\*\*\*\*, ebendort, 1., 3. bis 10. und 13. bis 18. Antragsgegner vertreten durch Dr. Nora Kluger, Rechtsanwältin in Wien, wegen §§ 16 Abs 2, 52 Abs 1 Z 2 WEG 2002, über den außerordentlichen Revisionsrekurs der Antragsteller gegen den Sachbeschluss des Landesgerichts für Zivilrechtssachen Wien als Rekursgericht vom 7. Dezember 2010, GZ 40 R 112/10g-34, den

Beschluss

gefasst:

## Spruch

Der außerordentliche Revisionsrekurs wird mangels der Voraussetzungen des § 37 Abs 3 Z 16 MRG, § 52 Abs 2 WEG 2002 iVm § 62 Abs 1 AußStrG zurückgewiesen (§ 71 Abs 3 AußStrG).

Begründung:

## Rechtliche Beurteilung

Die Vorinstanzen sind übereinstimmend davon ausgegangen, dass jene Flächen, welche die Antragsteller in ihr Wohnungseigentumsobjekt einbezogen haben wollen, wohnungseigentumsrechtlich als allgemeine Teile der Liegenschaft zu werten sind. Diese Rechtsansicht wird von den Antragstellern in ihrem Revisionsrekurs nicht erkennbar bekämpft. Daraus folgt aber notwendigerweise, dass das Begehren der Antragsteller nach § 16 Abs 2 Z 2 WEG 2002 zu beurteilen ist.

Dass für die gewünschte Einbeziehung der von den Antragstellern beanspruchten Flächen in ihr Wohnungseigentumsobjekt - entgegen der Meinung der Vorinstanzen - doch die Voraussetzungen nach § 16 Abs 2 Z 2 WEG 2002 vorlägen, wird im Revisionsrekurs nicht nachvollziehbar dargelegt. Wie sich vielmehr aus dem letzten Satz des Revisionsrekurses ergibt, sind die Antragsteller der Ansicht, vermeintliche Vereinbarungen im Wohnungseigentumsvertrag würden die Berechtigung ihres Begehrens erweisen und zwar „ohne Vorliegen der Voraussetzungen des § 16 Abs 2 Z 2 WEG“. Die Duldungspflicht aus einer vertraglichen Vereinbarung ist aber nicht Gegenstand eines Verfahrens nach § 52 Abs 1 Z 2 WEG 2002, sondern muss im Streitverfahren geltend gemacht werden (vgl 5 Ob 114/05h; 5 Ob 248/00g; 5 Ob 92/89).

Eine Rechtsfrage iSd § 62 Abs 1 AußStrG wird nicht aufgezeigt; der Revisionsrekurs ist daher zurückzuweisen.

## Schlagworte

8 außerstreitige Wohnrechtssachen,

## Textnummer

E96645

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2011:0050OB00010.11Y.0209.000

## Im RIS seit

06.04.2011

## Zuletzt aktualisiert am

11.02.2013

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)